

Bertelsmann Stiftung

Jobcenter stecken deutlich mehr Geld in Verwaltung als in Vermittlung

Mehr "Fordern und Fördern": Die Bertelsmann Stiftung fordert neben dem Bürgergeld auch eine Reform der Jobcenter. Dort steigen seit Jahren die Verwaltungskosten.

Aktualisiert am 17. März 2025, 8:43 Uhr (i) Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, AFP, epd, ljk

[<https://www.emetriq.com/date/nschutz/>]



In den Jobcentern wird einer Bertelsmann-Analyse zufolge seit Jahren gleichbleibend viel Geld in die Arbeitsvermittlung gesteckt, während die Verwaltungskosten steigen. © Britta Pedersen/dpa

Eine mögliche Reform des Bürgergeldes [<https://www.zeit.de/thema/buergergeld>] sollte auch Anpassungen der Verwaltung in den Jobcentern umfassen. Zu diesem Ergebnis kommt die Bertelsmann Stiftung in einer Studie. Seit Jahren werde weniger Geld für die Arbeitsförderung ausgeben, während mehr Geld in die Verwaltung gesteckt werde, heißt es darin. So würden insgesamt die Ausgaben steigen, während gleichzeitig weniger Menschen in Arbeit vermittelt würden.

Im vergangenen Jahr hätten die Jobcenter [<https://www.zeit.de/thema/arbeitsamt>] 10,7 Milliarden Euro zur Verfügung gehabt. In den vergangenen zehn Jahren seien die Kosten für Verwaltung – auch wegen gestiegener Löhne – um 39 Prozent auf 6,5 Milliarden Euro gestiegen, während das Geld für die Förderung von Bürgergeld-Empfängenden konstant bei 3,8 Milliarden Euro verharrete.

Mehr "Fördern und Fordern"

Den Jobcentern ist es selbst überlassen, wie sie die zur Verfügung gestellten Mittel verteilen. Einige Ämter würden jedoch "bis zu 70 Prozent dieser Gelder in die Verwaltung" verschieben, kritisiert die Stiftung. Wie viele Menschen die

Jobcenter am Ende in Arbeit gebracht hätten, spiele hingegen eine "untergeordnete Rolle". Tatsächlich sei seit der Einführung des Bürgergeldes die Zahl erfolgreicher Integrationen in den Arbeitsmarkt um rund sechs Prozent gesunken.

Es brauche daher eine "umfassende Reform" mit einem stärkeren Fokus auf "Fördern und Fordern" der Betroffenen. Angesichts von oft mehreren Vermittlungshemmnissen bräuchten viele arbeitslose Bürgergeld-Beziehende – insbesondere jüngere Menschen – eine stärkere individuelle Unterstützung. Zugleich solle früher und konsequenter "moderat" sanktioniert werden, wenn Pflichten verletzt würden, die Personen etwa nicht zu Terminen erscheinen oder Arbeitsangebote ablehnen.

Insgesamt fehle es an einer "wirkungsorientierten Steuerung oder auch nur Transparenz über den Zusammenhang zwischen Mittelausstattung und dem Erfolg der Jobcenter", sagte Roman Wink, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung. Neben mehr individueller Unterstützung müssten die Menschen laut Tobias Ortmann, ebenfalls Arbeitsmarktexperte, zudem direkt nach der Antragstellung Angebote für geförderte Arbeit in Voll- oder Teilzeit oder berufliche Qualifizierungen erhalten. So könne verhindert werden, dass sich Arbeitslosigkeit "verhärtet" oder Betroffene sich etwas mit Schwarzarbeit hinzuerwerben.

0,4 Prozent der Betroffenen sind "Totalverweigerer"

Allein, indem man die rund zwölf Prozent der gemeldeten Erwerbslosen in Arbeit bringe, die nicht von Vermittlungshemmnissen betroffen seien, würden sich laut Bertelsmann Stiftung rund 3,5 Milliarden Euro Transferzahlungen einsparen lassen. Zudem sei bei entsprechenden Vollzeitbeschäftigungen mit Einnahmen von zusätzlich 1,3 Milliarden Euro durch die Sozialversicherung sowie 350 Millionen Euro an Einkommensteuer zu rechnen.

In ihrem Sondierungspapier hatten sich Union und SPD auf eine Reform des Bürgergeldes geeinigt. Daraus soll laut CDU-Chef Friedrich Merz eine "Grundsicherung für Arbeitssuchende" werden. Bei beziehenden Personen, die jegliche Arbeitsaufnahme verweigern, werde "ein vollständiger Leistungsentzug [<https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-03/buergergeld-cdu-reform-grundsicherung-sanktionen>] vorgenommen".

Anruf an Alle



Würden Sie die Wehrpflicht wieder einführen?

[<https://www.zeit.de/serie/anruf-an-alle>]

Deutschland will verteidigungsfähig werden. Sollten dafür wieder junge Menschen Wehrdienst leisten? Ihre Sprachnachricht veröffentlichen wir in unserem Podcast Anruf an alle.

Sprachnachricht schicken [<https://web.whatsapp.com/send?phone=%2B494074305513>]

[Datenschutz](#) [<https://datenschutz.zeit.de/zon#freshdesk>]

Aktuell beziehen in Deutschland rund 5,4 Millionen Menschen Bürgergeld, von denen 2,7 Millionen Menschen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, weil sie zum Beispiel nicht erwerbsfähig sind oder sich in einer Weiterbildung befinden. Weitere 830.000 Menschen stocken mit der Leistung auf, sind also bereits erwerbstätig. 1,9 Millionen sind tatsächlich arbeitslos. Die Zahl der sogenannten [Totalverweigerer](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/buergergeld-arbeitsminister-gesetz-spdi) [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/buergergeld-arbeitsminister-gesetz-spdi>] ist dabei deutlich geringer: 2023 wurde knapp [16.000 Menschen der Regelsatz gekürzt](https://www.zeit.de/arbeit/2024-04/buergergeld-kuerzungen-arbeitsverweigerung-2023) [<https://www.zeit.de/arbeit/2024-04/buergergeld-kuerzungen-arbeitsverweigerung-2023>], weil sie vermehrt Arbeitsangebote abgelehnt hatten. Dies entspricht rund 0,4 Prozent aller Bürgergeld-Empfängenden.